

10 Anfragen (schriftlich)

10.1 Falschinformation in der BIG

(GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) Christine Braunersreuther, KPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und Neos wurde im letzten Gemeinderat für das geplante Bootshaus an der Mur eine Kostensteigerung von rund 33 Prozent auf 1,9 Mio. Euro durchgewunken. Die offizielle Begründung für die Kostenexplosion – „unvorhersehbare“ Gegebenheiten, wie das steile Ufer oder notwendige Auflagen für Umwelt- und Denkmalschutz – sorgte für reichlich Kritik und Kopfschütteln.

In der aktuellen Ausgabe der offiziellen Zeitung der Stadt Graz, der BIG, scheint man, diese nicht ganz nachvollziehbaren Argumente vertuschen zu wollen. Hier ist die Rede von „Corona-bedingten Verzögerungen in der Planung und Projektabwicklung“. Das legt die Vermutung nahe, dass nun die Kostenexplosion, die nach einem kritischen Bericht des Stadtrechnungshofes beinahe zu erwarten war, aber damals von der Abteilung Grünraum zurückgewiesen wurde (Zitat: „Die Kosten von 1.440.000 EUR bleiben unverändert, weil auch vorher schon ausreichend Sicherheiten eingerechnet waren“), nun Corona in die Schuhe geschoben werden soll. Ein solches Ausreden wäre äußerst unredlich.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, gegenüber den Medien und in der nächsten Ausgabe der BIG eine Richtigstellung dieser Aussage vornehmen zu lassen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.2 Finanzielle Hilfe für Bosnien nach dem Vorbild „Erdbebenhilfe Kroatien“
(GRⁱⁿ Elke Heinrichs, KPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

es gibt immer wieder Berichte über die sehr schlechten Bedingungen für Flüchtlinge in grenznahen Städten und Gemeinden Bosniens. Abgesehen von Dokumentationen über Grenzgewalt entlang der kroatisch-bosnischen Grenze sind seit nunmehr vier Jahren humanitäre Tragödien rund um die Unterbringung auf der Flucht befindlicher, dort gestrandeter Menschen zu beklagen.

Die furchtbaren Zustände in den Lagern Bosniens – zahllose Menschen mussten den letzten Winter sogar in den dortigen Wäldern verbringen – haben wir alle in Fernseh-Dokumentationen mit ansehen müssen.

Da im benachbarten Bosnien buchstäblich Ärmste auf Arme treffen und die verarmten bosnischen Gemeinden in der Krise allein gelassen werden, so fehlt es dort am Nötigsten. Zudem fließt keinerlei finanzielle Unterstützung aus Richtung EU in das Notstandsgebiet.

Aufgrund der geographischen Nähe zu Bosnien und weil auch viele GrazerInnen bosnische Wurzeln haben, wäre es für Graz eine mitmenschliche Chance, Verbundenheit zu den bosnischen Nachbarn zu zeigen, indem die Stadt Graz in Form einer Spende ein Zeichen setzt.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage:

Die Stadt Graz möge nach dem Vorbild der „Erdbebenhilfe für Kroatien“ ebenso einen hilfreichen Betrag von 15.000 Euro zur Unterstützung für das Rote Kreuz Bihać zur Verfügung stellen.

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.3 Baumstandorte in städtischen Alleen verbessern!
(GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner, Grüne)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

der Fortbestand unserer Alleen muss oberste Priorität haben, denn wir können es uns angesichts des Klimawandels nicht leisten, große sauerstoff- und schattenspendende Bäume zu verlieren. Der Zustand mancher Grazer Alleen ist aber leider dringend sanierungsbedürftig, wenn wir die großen vitalen Bäume erhalten wollen. Am Leonhardgürtel, dem Ruckerlberggürtel, in der Oberen Bahnstraße, im kleineren Ausmaß in der Babenbergerstraße, in der Siebenundvierzigergasse sowie in Bereichen von Eggenberg u.a. sollte die Parksituation dringlich zugunsten der Baumstandorte geändert werden! Das hohe Gewicht der Fahrzeuge auf den Baumscheiben trägt zur Bodenverdichtung bei, belastet die Bäume schwer und kann zu einer dauerhaften Schädigung der Bäume führen.

Die aktuelle Situation stellt sich wie folgt dar:

Am Leonhardgürtel gibt es bereits ein Projekt, mit dem die Parksituation zugunsten der Baumstandorte geändert werden sollte. Die Umsetzung sollte heuer erfolgen, wurde aber auf nächstes Jahr verschoben, weil das Straßenamt nicht bereit ist, Parkplätze zu verringern!

Am Ruckerlberggürtel wurde in der letzten Gemeinderatsperiode die Parksituation zu Gunsten der Parkplätze und zu Ungunsten der Baumstandorte umgedreht. Dort besteht nunmehr eine blaue Zone, die das Parken auf den Baumscheiben legalisiert hat. Die Holding Graz führt bereits seit längerem keine Nachpflanzungen mehr durch, da diese sinnlos wären, solange sich an der vorliegenden Situation nicht grundlegend etwas ändert. Laut zuständiger Abteilung war ein Projekt geplant, aber es wurde verschoben und wird erst in einigen Jahren umgesetzt.

Eine ähnliche Situation haben wir auch in der Oberen Bahnstraße und im kleineren Ausmaß in der Babenbergerstraße und in der Siebenundvierzigergasse, wo bis dato dem Vernehmen nach keine Sanierungsprojekte angedacht sind.

Mittlerweile sollte in der Stadt Graz Konsens darüber herrschen, dass der Erhalt vitaler großer Bäume unbedingt Vorrang gegenüber Parkplätzen haben muss. In den genannten Bereichen muss Projekten zur Verbesserung der Baumstandorte auf den Grünstreifen samt baulicher Trennung unbedingte Priorität eingeräumt werden, die Planung und Umsetzung darf nicht auf die lange Bank geschoben werden!

Daher stelle ich seitens der Grünen-ALG folgende

Anfrage:

- 1.) Sind Sie bereit, der Verbesserung der Baumstandorte in den im Motivenbericht genannten Alleen absolute Priorität einzuräumen?
- 2.) Sind Sie bereit, die Umsetzung des bereits fertig geplanten Projekts am Leonhardgürtel noch heuer zu veranlassen?
- 3.) Sind Sie bereit, die Planung der weiteren, im Motivenbericht genannten Bereiche vorzuziehen, sodass eine Realisierung im Jahr 2022 möglich ist?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.4 Grabungsfunde Bauabschnitt 1 Grünanger
(GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA, Grüne)**

Die Bauarbeiten für die Gemeindewohnungen am Grünanger wurden aufgrund des historisch sensiblen Standorts archäologisch begleitet. Auch bei vergangenen Bauarbeiten im Areal fand man immer wieder Knochen, sodass zu befürchten ist, dass dort weitere Opfer des Lagers Liebenau zu finden sind. Vom Wohnungsamt wurden deswegen beim Bundesdenkmalamt archäologische Begleitmaßnahmen in Auftrag gegeben.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgende

Anfrage:

Wann wird das Wohnungsamt den Bericht zu den archäologischen Begleitmaßnahmen während des Bauabschnitts 1 dem Gemeinderat und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.5 Entwicklung eines strategischen Umsetzungsplanes für sozialen Wohnbau
(GRⁱⁿ Mag.^a Susanne Bauer, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die jetzige Ausgangssituation für genossenschaftlichen und Sozialwohnbau, die niedrigere Mieten und langfristige Mietverhältnisse garantiert, ist äußerst prekär. Zum einen kann ohne entsprechende Fläche, ob auf grüner Wiese oder bereits versiegelter Fläche, kein sozialer Wohnbau stattfinden. Neben den raumordnungsrechtlichen Instrumenten ist die Flächensicherung durch städtischen Ankauf möglich. Ein offensiver Zugang, Flächen zu sichern, wurde bedauerlicherweise mehrheitlich im Gemeinderat vor kurzem abgelehnt.

Zum anderen „explodieren“ Kosten und Preise. Landesrat Seitinger hat zu den Baukosten erwähnt, dass es „unfassbare Preissteigerungen bis zu plus 60 Prozent in den letzten Monaten bei Beton, Stahl, Holz oder Kupfer gibt“. Mit als Verursacher werden internationale Faktoren wie Lieferausfälle und Wirtschaftsaufschwung in China gesehen. Als möglicher Ausweg wird seitens des Landes die Nachverdichtung, höhere Bauwerke – je dichter, desto günstiger – und die Sanierung gesehen. Die Wohnimmobilienpreise werden durch niedrige Zinsen, hohe Mieten, Inflations Sorgen

und Investment getrieben. Ein Ende dieses Booms wird seitens der Immobilienwirtschaft nicht gesehen.

Und erst vergangene Woche wurde durch Landtagsbeschluss für 2800 Wohnungen die Förderung gesichert, wovon 400 Sozialwohnungen werden sollen. Damit soll leistbarer und attraktiver Wohnraum geschaffen werden, so die Gesetzesinitiative.

Nunmehr stehen wir in Graz vor der Frage, wie teuer kann leistbarer Wohnraum sein? Wie sieht die Finanzierung aus? Auf welchen Flächen kann sozialer und genossenschaftlicher Wohnraum geschaffen werden? Wie viele Wohneinheiten des neuen Landeswohnbauförderungsprogrammes bis 2023 können für Graz gesichert werden? Diese Fragen sollten in einem strategischen Umsetzungsplan für sozialen Wohnbau in Graz beantwortet werden, wobei dieser Umsetzungsplan auch als Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Sind Sie bereit, bei den zuständigen Stellen im Haus Graz mit Nachdruck einen strategischen Umsetzungsplan für sozialen Wohnbau einzufordern, der dem Gemeinderat bis spätestens Oktober dieses Jahres vorzulegen ist?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.6 Kinderbetreuung neu denken Neuorientierung auf Basis der Lebensrealitäten (GRⁱⁿ Mag.^a Susanne Bauer, SPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Kinderbetreuung ist nach wie vor ein Thema, das viele Eltern bewegt: Finde ich überhaupt einen Betreuungsplatz und wo? Welche, vornehm ausgedrückt, „Netzwerke“ gilt es zu aktivieren, um einen Platz zu ergattern, wen muss man als Fürsprecher/als Fürsprecherin aktivieren? Das und vieles mehr beschäftigt sehr viele Eltern ab der Geburt ihres Kindes – und diese Sorgen kommen nicht von ungefähr. Dass es nach wie vor zu wenige Krippenplätze für die bis Dreijährigen gibt, wird wohl niemand bestreiten: In diesem Bereich gibt es enormen Nachholbedarf. Etwas anders sieht es bei den Kinder-gartenplätzen aus: Prinzipiell wäre der Deckungsgrad in diesem Bereich durchaus gut – die Probleme vieler Eltern resultieren aber daraus, dass Plätze fernab der Wohnung und nicht auf dem Weg zur Arbeit angeboten werden oder die Öffnungszeiten nicht den Erfordernissen entsprechen. Für Alleinerziehende, die in Algersdorf wohnen und in Andritz arbeiten, ist ein Kindergartenplatz in St. Peter nicht wirklich hilfreich. Und der KassiererIn an der Supermarktkasse ist nicht geholfen, wenn der Kindergarten um 17 Uhr oder gar noch früher zusperrt.

- Was es also braucht, sind zum einen flexiblere Öffnungszeiten – als eine Antwort auf die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, zumal bekanntlich ja auch die Zahl der Alleinerziehenden steigt.
- Ebenso erforderlich: Überlegungen, wie Menschen im Home-Office in Sachen Kinderbetreuung entlastet werden können – da gibt es etwa in Deutschland bereits erste Ansätze, für ältere Kinder teilweise sogar die digitalen Medien zu nutzen.
- Auch ein weiterer Ansatz, der in Deutschland jetzt verstärkt gesetzt wird, könnte für Österreich in Frage kommen: Eine massive Forcierung von Betriebskindergärten durch den Bund. Wobei in diesem Zusammenhang etwa auch „Verbund-Betriebskindergärten“ als gemeinsame Initiative mehrerer

Unternehmen verstärkt angedacht werden könnten, etwa für den Innenstadthandel, als gemeinsame Initiative mehrerer kleinerer und mittlerer Unternehmen. Betriebskindergärten hätten nämlich gleich zwei Vorteile zu bieten: Es gibt für die Eltern, sprich Beschäftigten, keine „Umwege“ zwischen Wohnung und Arbeit, und auch der Hauptwohnsitz ist bei einem Betriebskindergarten kein Aufnahmekriterium.

- Und noch etwas gilt es aufzubrechen: Die Berufstätigkeit der Eltern darf kein Kriterium mehr für die Aufnahme in eine Kinderbetreuung sein. Oder anders ausgedrückt: Es gilt dringendst die Negativspirale zu durchbrechen, wonach man ohne Job kaum oder gar keinen Kindergartenplatz für den Nachwuchs bekommt, aber gleichzeitig ohne Betreuungsplatz auch keine Arbeitsstelle gefunden werden kann. Diesen Negativkreislauf muss nicht zuletzt in Hinblick auf geänderte Familienstrukturen ebenso wie die stetig steigenden Lebenshaltungskosten und die drohende Verarmung bzw. dann spätere Altersarmut aufgrund der erzwungenen Teilzeitfälle unterbrochen werden.

Wobei es insgesamt eine existentielle Notwendigkeit ist, nicht nur für wirklich ausreichend Kinder-betreuungsplätze für alle zu sorgen, die diese wollen und brauchen, sondern diese auch mit jener Qualität zu versehen, die ebenso den pädagogischen Anforderungen und Notwendigkeiten wie auch den gesellschaftlichen Entwicklungen und aktuellen Lebensrealitäten entspricht: Für die Fragen der Gegenwart und Zukunft reichen nicht Antworten aus der Vergangenheit – es gilt, die Kinderbetreuung insgesamt neu zu denken, den Ansprüchen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden, sie den Bedürfnissen von Kindern und Eltern anzupassen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, da sind Bund, Länder, Städte, Gemeinden und die Träger gefordert, da sind alle wichtigen sogenannten Stakeholder an Bord zu holen: Von ExpertInnen aus der Elementarpädagogik über VertreterInnen von AK, IV, ÖGB und WK bis hin zu SozialpädagogInnen und ElternvertreterInnen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

ob Sie bereit sind, über den Städtebund einen solchen Prozess „Kinderbetreuung neu denken“ gemäß Motivenbericht zu initiieren.

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.7 Aktion 40.000 – Unterstützung durch die Stadt Graz
(KO GR Michael Ehmman, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Pandemie hat nach wie vor dramatische Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt:

Österreichweit sind fast eine halbe Million Menschen arbeitslos, ebenso viele sind in Kurzarbeit. Überaus besorgniserregend auch die Zahlen in Graz: Mit Stand Anfang April waren hier fast 19.100 Menschen als arbeitslos gemeldet, an die 5.000 weitere sind in Schulungsmaßnahmen. Es braucht dringend Arbeitsmarktinitiativen – ganz besonders auch mit Blickrichtung auf Langzeitarbeitslose, die von der Pandemie besonders betroffen sind: Ist es für sie schon in „Normalzeiten“ alles andere als einfach, wieder in der Arbeitswelt Fuß zu fassen, werden jetzt durch die Pandemie ihre Chancen noch weiter minimiert. Allein in Graz sind es knapp 8.000 Menschen, die ein Jahr und länger ohne Job dastehen. Für sie wäre die Aktion 40.000, die derzeit bundesweit in Aktionstagen und über Online-Petitionen von der Regierung eingefordert wird, eine Chance, wieder ins Arbeitsleben zurückkehren zu können.

Insgesamt sollen über die Aktion 40.000 durch den Bund – so die Konzeption - österreichweit 40.000 öffentlich finanzierte, neue Arbeitsplätze in öffentlichen Einrichtungen, in gemeinnützigen Vereinen und in sozialen Unternehmen geschaffen werden. Die Tätigkeitsfelder können von Unterstützungsleistungen für

pflegebedürftige Menschen über die Mitarbeit bei Test- und Impfstraßen bis hin zur Instandhaltung von Grün- und Parkflächen reichen.

Die Aktion 40.000 im Detail:

- Zielgruppe sind Arbeitslose, die sich seit mindestens 12 Monaten auf Jobsuche befinden:
- Gefördert werden sollen existenzsichernde Vollzeitdienstverhältnisse oder Teilzeitbeschäftigungen ab 30 Wochenstunden.
- Kollektivvertragliche Entlohnung: Mindestens 1.700 Euro Brutto (für Vollzeit).
- Nur zusätzlich geschaffene Arbeitsplätze sollen gefördert werden.
- Weitere Aus-, Um-, und Weiterbildungsangebote sowie ein Coaching für den Wiedereinstieg in das Arbeitsleben.
- Deckung des regionalen/kommunalen Bedarfs.
- Staatliche Förderung der Lohnkosten für 2 Jahre: 100 Prozent für die ersten 12 Monate, 75 % für weitere 6 Monate und weitere 50 Prozent für die nächsten 6 Monate.

Angesichts der eingangs erwähnten dramatischen Zahlen wäre eine breite Unterstützung für die Aktion 40.000 seitens der Kommunen ein ganz wichtiges Signal – zumal diese Beschäftigungsinitiative eine win-win-Situation für alle darstellt: Die Betroffenen haben die Chance auf eine Wiedereingliederung in die Arbeitswelt, die über diese Aktion vorgesehenen Dienstleistungen haben für die Gesellschaft gerade jetzt immens hohe Bedeutung und für die durch die Pandemie in finanzielle Schieflage geratenen Städte und Gemeinden wäre es eine nicht zu unterschätzende Unterstützung.

In diesem Sinne stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

ob du bereit bist, raschest in der Stadtregierung den Vorschlag zu unterbreiten, dass seitens der Stadt Graz aus den Überlegungen des Motivenberichtes heraus die Aktion 40.000 gegenüber Bundesregierung und Parlament mittels Petition unterstützt wird, zumal auch in Graz 8000 Menschen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind und für sie gerade jetzt, in dieser Pandemiezeit, eine der-artige Beschäftigungsinitiative besonders wichtig wäre, um ihre Chancen auf den Wiedereinstieg in die Arbeitswelt zu erhöhen.

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.8 Projekt Fischerhaus gemäß Konzeption des Arbeiterfischervereines (KO GR Michael Ehmman, SPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Mur, die vor einigen Jahrzehnten in unserem Bereich noch ein mehr oder weniger „totes“, unansehnliches Gewässer war, hat mittlerweile viel an Attraktivität gewonnen: Die Murofer sind Erholungs- und Erlebnisraum und auch der Fluss selbst wird für Freizeit- und Sportaktivitäten genutzt. Das ist nicht zuletzt ein erfreuliches Ergebnis jahrelanger, intensiver Bemühungen zur Sanierung der Mur und Erschließung der Murofer – ausgehend von der Initiative „Lebensraum Mur“, die noch in den 80er Jahren vom damaligen Bürgermeister Alfred Stingl gestartet wurde.

Heute ist die Mur jedenfalls wieder ein lebender und ein lebendiger Fluss, er beheimatet Eisvögel ebenso wie Fische. Damit das so bleibt, ist es natürlich besonders wichtig, den Gewässerschutz in den Blickpunkt zu rücken. Ein sehr guter Beitrag zur Sensibilisierung könnte ein vom Arbeiterfischerverein vorgeschlagenes Projekt darstellen – ein Fischerhaus an der Mur.

Denn ein solches Fischerhaus wäre mehr als nur Heim- und Anlaufstelle für die immer mehr werdenden Menschen, die in unserer schnelllebigen Zeit im Fischen die

Möglichkeit sehen, ein wenig Ruhe zu finden, mit der Natur zu leben, zu sich selbst zu finden. Mit einem Fischerhaus könnte auch zur Sensibilisierung für die Gedanken des Gewässerschutzes beigetragen und die Geschichte der Mur aufgearbeitet werden: Nämlich insofern, indem Kindern, Schulklassen, interessierten Jugendlichen und Erwachsenen in einem solchen Fischerhaus die Wichtigkeit des ökologischen Gleichgewichts vermittelt und gleichzeitig dargestellt wird, wie schnell es gehen kann, einen Fluss als ökologischen Lebensraum zu zerstören, wie lange es aber dann braucht, solche „Schäden“ wieder zu beheben und dass es an uns allen liegt, auf die Mur aufzupassen, sie zu schützen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

Anfrage:

Bist du bereit, auf die zuständigen Stellen im Haus Graz einzuwirken, damit im Sinne des Motivenberichtes die Idee eines Fischerhauses, wie ein solches vom Arbeiterfischerverein propagiert wird und der dafür sogar einen möglichen Standort benennen kann, als städtisches Projekt weiterverfolgt wird, wobei idealerweise der Arbeiterfischerverein letztlich als Träger fungieren könnte?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.9 Trick-Verbot beim Skateboarden wie Springreiten ohne Hindernisse: Lösung dringend erforderlich
(KO GR Michael Ehm, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die zuletzt entstandenen Diskussionen rund um das „Skateboard-Verbot“ am Kaiser-Josef-Platz sind – gelinde gesagt – äußerst unglücklich. Selbstverständlich sind die

AnrainerInnen in ihrem Wunsch nach Ruhe zu verstehen, doch sollte es sehr wohl Möglichkeiten für Kompromisse und partnerschaftliche Lösungen geben, um Skateboarden inklusive aller Tricks im öffentlichen Raum zu ermöglichen, statt gleich mit Verboten und Strafandrohungen zu reagieren. Denn Hand aufs Herz: Ohne solche Tricks ist Skateboarden wohl nicht einmal eine halbe Sache, das wäre wie Springreiten ohne Hindernisse, wie Fußball ohne Tore. Wobei als sprichwörtliches Tüpfelchen auf dem vielzitierten i der Umstand zu sehen ist, dass mit dieser Skateboard-Verbotsunkultur auch noch das vielbeworbene Sport-jahr, in dem Skateboarden ja sogar Programmpunkt ist, konterkariert wird. Hier muss es statt dieses sturen Law-and-order-Denkens in der Tat andere Wege und Lösungen geben, die allen Beteiligten – AnrainerInnen wie auch SkaterInnen – entgegenkommen. Des Weiteren ist anzumerken, dass bei den Olympischen Spielen 2021 in Tokio Wettbewerbe im Skateboard Teil des olympischen Programms sein werden.

Zumal ja – Stichwort Straßenverkehrsordnung, auf das sich das Verbot und die damit verbundene Geldstrafe bezieht – ganz offenbar ein gesetzlicher Interpretations- und Gestaltungsspielraum existiert.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

1. Auf welchen Erkenntnissen bzw. Argumenten beruht die Änderung der Rechtsmeinung des Präsidialamts zur Auslegung des § 88 StVO, die zu diesem Skaterverbot geführt hat?
2. Laut Weisung an die Inspektionen kann nämlich die städtische Straßenbehörde eine Ausnahme vom sogenannten "Trickverbot" - also dem Verbot der über das reine Rollen hinausgehenden Skate-Manöver - erwirken. Bist du bereit, dich als Bürgermeister dafür einzusetzen, dass seitens der Stadt solche Ausnahmen ermöglicht werden, um so ein de facto Skateverbot im öffentlichen Raum zumindest teilweise, zeitlich wie auch örtlich, zu entschärfen?

3. Wie rasch kann eine entsprechende rechtliche Lösung gefunden werden, um den SkateboarderInnen Rechtssicherheit zu bieten, dass sie bei Tricks – die ja sogar Schwerpunkt der Aktivitäten in diesem Sportjahr der Stadt Graz hätten sein sollen - nicht Strafe zahlen müssen?
4. Bist du als Bürgermeister bereit, dich dafür einzusetzen, dass für den Kaiser-Josef-Platz eine ähnliche Vorgehensweise zustande kommt, wie sie am Lendplatz schon seit Herbst 2019 sehr wohl funktioniert, wo unter klar definierten Rahmenbedingungen Skateboarden inklusive Ollies erlaubt ist?
5. Bist du bereit, auf die politischen VerantwortungsträgerInnen wie auch die zuständigen Stellen im Haus Graz einzuwirken, dass diese – idealerweise in Zusammenarbeit mit GRÄB, der Vertretung der Grazer SkaterInnen – die vorhandene Skater-Infrastruktur in Graz einer Evaluierung unterziehen, wobei auch die Errichtung zusätzlicher Skaterparks und einer „Bowl“ in die Überlegungen miteinbezogen werden sollten.

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.10 Altstadt-Sachverständigenkommission (GR Mag. Gerald Haßler, SPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die in den vergangenen Wochen an die Öffentlichkeit gedrungene Konflikte innerhalb der Grazer Altstadt-Sachverständigenkommission (ASVK) haben vor allem strukturelle Ursachen. Einerseits gibt es unter den stimmberechtigten Mitgliedern in der ASVK kein ausgewogenes Verhältnis von historischen und gestaltenden Fachrichtungen, wie dies im Gesetz verlangt wird. Andererseits fehlt es auch an der notwendigen Transparenz sowohl innerhalb der ASVK als auch in Hinblick auf die Bürgerinnen und Bürger.

Die ASVK hat den Auftrag, auf „die Erhaltung der Altstadt von Graz in ihrem Erscheinungsbild, ihrer Baustruktur und Bausubstanz“ zu achten. Um diesen Auftrag bestmöglich erfüllen zu können, braucht es mehr Transparenz, um Vertrauen zu schaffen.

Gerade in Hinblick auf das Juwel „Altstadt“, das so vielen Grazerinnen und Grazern ans Herz gewachsen ist, wäre diese Transparenz von größter Bedeutung, wie in jüngerer Vergangenheit teils doch heftige Proteste gegen manches, als ein schlimmer Eingriff ins Altstadtensemble gesehene Projekt bzw. Initiativen zum Erhalt von schützenswerten Objekten zeigen. Transparenz schafft Vertrauen, sorgt für Sicherheit – doch gerade im Bereich des „Altstadtschutzes“ ist bei vielen Menschen das Vertrauen schwerst erschüttert, wird mittlerweile bei fast schon jedem Vorhaben und oft fälschlicherweise Spekulation und Geschäftemacherei vermutet, was immer wieder zu unnötiger Emotionalisierung und Protestaktionen führt.

Namens der Stadt stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Bist du bereit, dich dafür einzusetzen, dass die Transparenz und die Funktionsfähigkeit der ASVK unter anderem durch die rasche Umsetzung folgender Punkte verbessert wird:

- a) Es ist zu gewährleisten, dass es bei ein und demselben Projekt zu keinem Gutachterwechsel kommt, insbesondere, wenn nach „Ablehnungen“ nachgebesserte Vorschläge zum selben Projekt eingereicht werden
- b) Zur Verbesserung der Transparenz und Qualität innerhalb der ASVK müssen alle ASVK Gutachten (auch jene aus vergangenen Perioden) für alle ASVK Mitglieder (inklusive Stellvertreter und beratende Juristen) uneingeschränkt verfügbar sein
- c) Die Gutachten müssen am Server Adressenbezogen abgelegt werden, damit Vorgutachten besser erkannt und zugeordnet werden können

- d) Gutachten dürfen (vom Vorsitzenden) nur nach Rücksprachen und mit Einverständnis des verantwortlichen Gutachters bzw. mit Mehrheitsbeschluss in der Altstadt-Sachverständigenkommission abgeändert werden
- e) Zur Verbesserung der Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sollen Gutachten der ASVK zukünftig unter Wahrung der Datenschutzbestimmungen (Schwärzung datenschutzrelevanter Passagen) öffentlich einsehbar sein

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.11 Maßnahmen gegen Kostenüberschreitungen/Ausarbeitung einer Checkliste (GR Mag. Gerald Haßler, SPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Angesichts der regelmäßig wiederkehrenden, z.T. besorgniserregenden Kostenüberschreitungen bei Projekten im Haus Graz wird seitens der interessierten bzw. besorgten Öffentlichkeit Handlungsbedarf konstatiert. Und zwar abseits sicher wichtiger punktueller Diskurse hinsichtlich einzelner Projekte, denn ob der Regelmäßigkeit und der Dimension der Kostenüberschreitungen scheint offensichtlich ein strukturelles Problem betreffend Vorbereitungen und Planungen vorzuliegen, da man in Hinblick auf die Kostenüberschreitungen nicht mehr von Einzelfällen oder Zufälligkeiten reden kann.

Und besagter Handlungsbedarf ergibt sich einfach auch daraus, dass für die nähere Zukunft etliche Großprojekte in Planung oder zumindest in Diskussion stehen: Man denke an die Sturzgasse, an diverse ÖV-Ausbauten oder gar an die Minimetro. Denn wenn bei letzterer etwa die von Ihnen, von Bürgermeisterstellvertreter Mario Eustacchio und von Holding-Vorstand Wolfgang Malik prognostizierten Kosten von 3,3 Mrd. Euro sich in solchen Ausmaßen erhöhen, ist man am Ende bei 5 bis 6

Milliarden (und somit fast schon dort, was Fachleute in Hinblick auf die üblichen Kilometerkosten für U-Bahnen ohnedies schätzen). Auf Dauer sind aber solche Kostenüberschreitungen, wie wir sie in jüngster Vergangenheit erleben mussten, in Hinblick auf die finanzielle Zukunftssicherung der Stadt als überaus besorgniserregend und gefährlich einzustufen, dem ist dringend gegenzusteuern.

Es gäbe zwar schon jetzt etliche Regelungen/Vorgaben was Planungs- und Ablaufprozesse betrifft, zum Teil allerdings nur mit Empfehlungscharakter: Regelungen sollten immer verpflichtend sein. Und es gibt auch jede Menge Empfehlungen des Stadtrechnungshofes, die allerdings leider mehr oder weniger verpuffen. So gesehen wäre es vielleicht zielführend, eine Art Checkliste auszuarbeiten, die Bestandteil von Gemeinderatsstücken für Projekte in einer Größenordnung ab 250.000 Euro ist und die sämtlichen Erfordernisse, Notwendigkeiten als Voraussetzungen für eine Beschlussfassung verpflichtend benennt. Dazu gehört auf jeden Fall, dass alles von detaillierten Kostenaufstellungen bis zu Folgekosten und ev. Finanzierungsplan vorzuliegen hat, erst dann darf der zuständige Stadtsenats-referent/die zuständige Stadtsenatsreferentin ein entsprechendes Stück zur Beschlussfassung vorlegen bzw. in Gesellschaften der Vorstand das den zuständigen Organen vorlegen. Verpflichtend, weil Voraussetzung für eine Beurteilung eines Projektes, sollten Detailaufstellungen von Kosten/Voranschlagsstellen auch deshalb sein, um danach in einer Gegenüberstellung allfällige Über- oder Unterschreitungen genauer nachvollziehen zu können, die dann auch klar begründet werden müssten. Das zwingt von vornherein zu einer seriöseren, genaueren, transparenteren Vorbereitung. Den Ansatz „Sonstiges“ sollte man dagegen so gering wie möglich halten.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

1. Bei welchen Projekte des Hauses Graz in einem jeweiligen Volumen von einer Million Euro aufwärts mussten im Zuge der Detailplanung, der Umsetzung oder der

- Fertigstellung gegenüber dem Erstbeschluss Kostenüberschreitungen in welchen Ausmaßen festgestellt werden?
2. Wie wurden die o.a. Kostenüberschreitungen begründet?
 3. Welche Konsequenzen/Gegenmaßnahmen wurden aufgrund der o.a. Kostenüberschreitungen bis dato – auch in Hinblick auf künftige Projekte - gezogen/gesetzt?
 4. Wurden Empfehlungen des Stadtrechnungshofes in Hinblick auf die Vermeidung von Kosten-überschreitungen umgesetzt und wenn ja, welche?
 5. Welche Empfehlungen des Stadtrechnungshofes in Hinblick auf die Vermeidung von Kostenüberschreitungen wurden bis dato nicht umgesetzt und aus welchen Gründen?
 6. Sind Sie bereit, eine (Arbeitstitel) „Soko Kostenüberschreitungen“ einzusetzen, die federführend und unter der Leitung des Stadtrechnungshofes sowie unter Beiziehung auch externer Fachleute gemäß Motivenbericht eine Art Pflichtenheft/Checkliste ausarbeitet, die Vorgaben/Bedingungen/Notwendigkeiten und Erfordernisse für Projektplanungen für die jeweils ausführenden Stellen, vor allem aber für die politischen VerantwortungsträgerInnen und die verantwortlichen Organe ausarbeitet, die als Grundvoraussetzung für Beschlussfassungen von Projekten zu betrachten sind und die Transparenz gewährleisten sollen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.12 Auslastung Linie 34 und 34E
(GR Mag. (FH) Ewald Muhr, MSc, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Auslastung der Linien 34 und 34E war bereits vor einem Jahr ein Thema, das bei betroffenen Bürgerinnen und Bürgern großen Unmut hervorrief.

„Viele Fahrgäste kamen nicht mehr in die vollgestopften Busse hinein und mussten warten, bis der nächste kommt, in der Hoffnung mit diesem mitfahren zu können, und nach Hause zu kommen“ wurde in einem Bericht in einer Grazer Zeitung die Situation beschrieben.

Nun wird in naher Zukunft im Bereich der Kasernstraße ein weiterer großer Wohnbau am Areal der ehemaligen Kirchnerkaserne begonnen, der ca. 500 neue Wohneinheiten vorsieht. Dadurch werden die Linien 34 und 34E wahrscheinlich eine weitere Steigerung der Fahrgastzahl erfahren und die Situation verschärfen.

Gerade bei derartigen Wohnbauprojekten ist eine gute Infrastruktur hinsichtlich des öffentlichen Verkehrs besonders wichtig, um dem Grazer Verkehrsproblem entgegenzuwirken und eine merkbare Verschiebung des Modal Splits zu Gunsten der öffentlichen Verkehrsmittel zu erreichen.

Dieser Umstand wirft natürlich Fragen zur derzeitigen und zukünftigen Situation rund um die Buslinien 34 und 34E auf.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

1. Welche Maßnahmen wurden seitens der Holding Graz in der Vergangenheit gesetzt, um die angespannte Situation hinsichtlich der Überlastung der Linie 34 und 34E zu entschärfen?
2. Sind hinsichtlich der regen Bautätigkeiten im Bezirk Jakomini, vor allem im Bereich der Kasernstraße Maßnahmen für die Zukunft der Linien 34 und 34E bezüglich der

steigenden Zahl der Wohneinheiten und der damit verbundenen Zahl an neuen Fahrgästen angedacht?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.13 Bisherige Tätigkeiten in der Gemeinderatsperiode
(GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
die Paragraphen 16,17 und 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats gibt den Gemeinderatsmitgliedern die Legitimation in allen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Stadt Anfragen an den Bürgermeister zu richten (§16 GO), weiter selbständige Anträge in allen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Stadt zu stellen (§17 GO) und darüber hinaus die dringliche Behandlung rechtzeitig und schriftlich eingebrachter Anträge zu verlangen (§18 GO). Da es keine Auflistung über die gestellten Anfragen, Anträge und dringlichen Anträge gibt, die für alle GemeinderätInnen frei zugänglich sind, wird daher folgende schriftliche

Anfrage

gestellt:

1. Wie viele Anfragen wurden zum Zeitpunkt dieser Anfragebeantwortung in dieser Gemeinderatsperiode gestellt?
2. Wie viele selbständige Anträge wurden zum Zeitpunkt dieser Anfragebeantwortung in dieser Gemeinderatsperiode gestellt?
3. Bei wie vielen Anträgen wurde eine dringliche Behandlung zum Zeitpunkt dieser Anfragebeantwortung in dieser Gemeinderatsperiode verlangt?

4. Welcher/e Gemeinderat/in hat die meisten Anfragen zum Zeitpunkt dieser Anfragebeantwortung in dieser Gemeinderatsperiode gestellt?
5. Welcher/e Gemeinderat/in hat die meisten selbständigen Anträge zum Zeitpunkt dieser Anfragebeantwortung in dieser Gemeinderatsperiode gestellt?
6. Welcher/e Gemeinderat/in hat die meisten dringlichen Behandlungen zum Zeitpunkt dieser Anfragebeantwortung in dieser Gemeinderatsperiode verlangt?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.14 Schulunterricht in den Sommerferien,
Ausgleich von Lerndefiziten durch Corona
(GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Siegfried Nagl,
aus verschiedensten in u.- ausländischen Studien geht hervor, dass die sozial bedingten Ungleichheiten im Bildungssystem durch die Corona-Maßnahmen zugenommen haben und dass generell weniger gelernt wurde. Die Schulschließungen machten es erforderlich, dass der Unterricht von Präsenz – auf Fernunterricht zu Hause umgestellt wurde.

Zu Hause lernen bedeutet, dass den SchülerInnen einerseits das notwendige Equipment bereitstehen und andererseits, dass die SchülerInnen in den Unterstufen über die notwendige Medienkompetenz verfügen mussten. Bereits daran scheiterten oft alle Bemühungen unserer Lehrer und Lehrerinnen, die so manches Kind während der Pandemie nicht erreichen konnten.

Die Lernprozesse während der Corona-Pandemie gestalteten sich völlig anders als im Regelunterricht, weshalb sich die Mehrheit der Bildungsexperten auch darüber einig ist, nämlich, dass die Corona-Zeit sich negativ auf den Lernzuwachs ausgewirkt hat und die sozialen Ungleichheiten drastisch verstärkt wurden.

Besonders Schülerinnen und Schüler aus sozial schwachen Familien könnten den Anschluss verlieren und Probleme bekommen.

Um die soziale Ungleichheit abzufedern und um kein Kind zurückzulassen, sollten Schulen im Sommer 2021 einen 4 – wöchigen „Nachhilfeunterricht“ in den Hauptfächern (Mathematik, Deutsch, Fremdsprachen) anbieten. Der Unterricht sollte jeweils von Montag bis Freitag 2,5 Stunden zum Lernen genutzt werden, wobei 1 Stunde für Sport und Spiel zur Verfügung stehen sollen. Insgesamt wären die SchülerInnen jeweils 3,5 Stunden unter Aufsicht.

Die Teilnahme ist freiwillig, die Kosten werden von der Stadt Graz getragen.

Daher stelle ich folgende schriftliche

Anfrage:

Wird sich die Stadt Graz dafür einsetzen, dass die corona-bedingten Lerndefizite, vor allem bei Kindern aus sozial schwächeren Familien, ausgeglichen werden können und im Sommer 2021 einen geeigneten Nachhilfeunterricht in den Grazer Schulen anbieten?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.